

Thema der Woche

Countdown für Brexit läuft

In Kürze

Telekom: Konsultation zu Leitlinien zur Bewertung beträchtlicher Marktmacht

Neues aus der Kommission

Nachhaltige Infrastrukturprojekte im Strom- und Gassektor gesucht

Neues aus dem Europäischen Parlament

Überarbeitung des Mehrjährigen Finanzrahmens 2014-2020: Budgetausschuss stimmt Kompromisslösung zu

Neues aus dem Gerichtshof der EU

Schlussanträge: Italienisches Verbot von Genmais

Urteil: Maßnahmen gegen russische Unternehmen im Rahmen der Ukraine Krise gültig

Neues aus anderen Bereichen

Leitl bei WKÖ-Europatag: Europa als Leuchtturm-Modell in einer unsicheren Welt stärken

Studie bescheinigt Fortschritte beim Windkraftausbau in Europa

Statistik der Woche

USA und China bleiben wichtigste Handelspartner der EU

Jobs+Jobs+Jobs

Europäisches Unterstützungsbüro für Asylfragen sucht Training Officer

EUROJUST sucht ICT Support Officer

Veranstaltungen

Kreativwirtschaft Austria lädt am 25. April in Brüssel ein

EU-Agenda

EU-Kommission: 2207. Sitzung am 4. April 2017

EU-Parlament: Ausgewählte Ausschüsse der kommenden Woche

EU-Parlament: Ausgewählte Themen des Plenums der kommenden Woche

EuGH: Ausgewählte Fälle der kommenden Woche

EU-Kommission: Ausgewählte laufende Konsultationen

Impressum

EU-Büro der Wirtschaftskammer Österreich

Av. de Cortenberg 30

B-1040 Brüssel

Telefon: +32 2 286 58 80

Internet: wko.at/eu

Redaktion:

Franziska Annerl

E-Mail: Franziska.Annerl@eu.austria.be



Folgen Sie uns auf facebook

Wenn Sie das EU-Panorama regelmäßig zugeschickt bekommen wollen oder sich vom Verteiler streichen lassen möchten, mailen Sie bitte an:

eu@eu.austria.be

Countdown für Brexit läuft

Am Mittwoch war es soweit: Großbritanniens Premierministerin Theresa May hat mit der Absendung ihres **Briefes** an EU-Ratspräsident Donald Tusk den formalen Startschuss für den Brexit gegeben. Damit wurde offiziell der Austrittsprozess gemäß Artikel 50 EU-Vertrag gestartet. Ab der Notifikation haben die Briten zwei Jahre Zeit für einen geregelten Austritt. In diesem Zeitraum müssen sowohl die Verhandlungen abgeschlossen als auch das Ergebnis umgesetzt sein. De facto ist zu erwarten, dass die Verhandlungen schon im Herbst 2018 (unter österreichischer Ratspräsidentschaft) abgeschlossen werden, da einige Monate zur Umsetzung des Verhandlungsergebnisses nötig sind. Bei einem Sondergipfel am 29. April 2017 sollen die EU-Staats- und Regierungschefs Leitlinien für die Verhandlungsführung festlegen. Unmittelbar im Anschluss darauf erarbeitet die Europäische Kommission auf Basis der Leitlinien ein konkretes Verhandlungsmandat.

„Aus Sicht der österreichischen Wirtschaft muss die Trennung zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich jetzt rasch verhandelt und abgewickelt werden, um die Phase der Unsicherheit möglichst kurz und die negativen Auswirkungen für unsere Unternehmen möglichst gering zu halten“, betonte Christoph Leitl, Präsident der Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ) und Ehrenvorsitzender von EUROCHAMBRES, in einer **Aussendung**. „Die Teilnahme der Briten am europäischen Projekt war immer wirtschaftlich motiviert. Eine Anbindung in Form einer Europäischen Wirtschaftszone wäre eine Möglichkeit, ihre Interessen und die der anderen 27 EU-Mitgliedstaaten unter einen Hut zu bringen.“

„Natürlich akzeptieren wir die Entscheidung der Briten, die Europäische Union zu verlassen. Um die negativen Auswirkungen auf die europäische und österreichische Wirtschaft, das Wachstum, die Schaffung von Arbeitsplätzen und den Wohlstand zu minimieren, fordert die UEAPME einen verantwortungsvollen Ansatz für KMU“, **kommentierte Ulrike Rabmer-Koller**, Präsidentin des Europäischen KMU- und Handwerksverbandes UEAPME und Vizepräsidentin der WKÖ, die Notifizierung des Brexit. Die EU27 und das Vereinigte Königreich müssen auch so rasch wie möglich vorbereitende Gespräche über ein Freihandelsabkommen beginnen: „Wir haben genug politisch taktiert und diskutiert. Wir müssen nun praktische Lösungen für unsere Unternehmen finden und neue Hürden durch neue Grenzen so gut es geht vermeiden“, betont Rabmer-Koller. „Unsere KMU werden am meisten unter neuen Belastungen leiden. Die Verhandlungen müssen unter dem „Think Small First“ Ansatz geführt werden.“ (weitere Informationen: **EU Top Thema: BREXIT und die Folgen**).

Stark betroffen ist die deutsche Exportwirtschaft: Der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) sagt in einer neuen **Studie** einen deutlichen Dämpfer für den deutschen Handel voraus. Laut Studie sind die deutschen Exporte ins Vereinigte Königreich 2016 um 3,5 Prozent gesunken, vor allem im zweiten Halbjahr nach dem Brexit-Votum. Für die nächsten Monate erwarten 40 Prozent der im Februar befragten 2200 deutschen Unternehmen schlechtere Geschäfte. Bei den österreichischen Warenexporten kam es 2016 im Vergleich zum Vorjahr zu einem Rückgang von zwei Prozent. Positiv ist, dass viele unserer Unternehmen in Nischenbereichen erfolgreich sind und hier nur schwer ersetzbar sind. Langfristig ist weniger Potential für österreichische Unternehmer zu erwarten, wobei die konkreten Auswirkungen vom künftigen Verhältnis abhängen. Ganz oben auf der Agenda der Unternehmen für die Verhandlungen stehen daher der Erhalt des freien Warenverkehrs und die Vermeidung zusätzlicher Zollbürokratie.

Ansprechpartnerin: **Franziska Annerl**

Inhaltsverzeichnis

Telekom: Konsultation zu Leitlinien zur Bewertung beträchtlicher Marktmacht

Die Europäische Kommission hat eine öffentliche **Konsultation** zur Überprüfung der sogenannten **Leitlinien zur Bewertung beträchtlicher Marktmacht von 2002 im Telekommunikationsbereich** eröffnet, um sie rechtzeitig für die Implementierung des derzeit in Verhandlung stehenden neuen europäischen Kodex für die elektronische Kommunikation zu aktualisieren. Die Kommission wird die **Leitlinien überarbeiten, die sich an nationale Regulierungsbehörden richten**. Die Leitlinien sollen dazu dienen, bei der Definition der relevanten Märkte und der Einstufung von Telekommunikationsbetreibern als Betreiber mit beträchtlicher Marktmacht mögliche Wettbewerbsprobleme zu beheben. **Die Konsultation richtet sich an Anbieter elektronischer Kommunikation und weitere Stakeholder und läuft bis 26. Juni 2017.**

Inhaltsverzeichnis



Neues aus der Kommission

Nachhaltige Infrastrukturprojekte im Strom- und Gassektor gesucht

Die Europäische Kommission arbeitet aktuell an der Erstellung der 3. Liste sogenannter „**Projects of Common Interest**“ (PCI-Liste). Transeuropäische Energieinfrastruktur-Projekte, die als „Projects of Common Interest (PCI)“ eingestuft werden, können einerseits davon profitieren, dass für sie ein **beschleunigtes Planungs- und Genehmigungsverfahren** gilt. Zum anderen ist diesen Projekten der **Zugang zu Fördergeldern** aus der „Connecting Europe Facility (CEF)“ möglich. Zwischen 2014 und 2020 stehen mehrere Tranchen an Fördermitteln zur Verfügung, die sich in Summe auf 5,35 Milliarden Euro belaufen.

Um als PCI eingestuft zu werden, müssen Infrastrukturprojekte einen **Beitrag zu Marktintegration, Wettbewerb und Nachhaltigkeit sowie zur Versorgungssicherheit leisten**, wobei zumindest zwei Mitgliedstaaten profitieren müssen. Um Informationen von Unternehmen, Verbänden und weiteren Stakeholdern zu sammeln, ob konkrete Projekte aus dem Gassektor bzw. aus dem Elektrizitätssektor die Voraussetzungen für ein „Project of Common Interest“ erfüllen, hat die Europäische Kommission eine öffentliche Konsultation gestartet. Sie kann **online** bis 19. Juni ausgefüllt werden. Im Zuge dieser Konsultation können auch mehrere Projekte mit **Österreichbezug** bewertet werden (z.B. der Gasinterkonnektor zwischen Österreich und der Tschechischen Republik oder die 380-kV-Salzburgleitung zwischen St. Peter am Hart und dem Netzknoten Tauern bei Kaprun).

Ansprechpartner: **Franz Brudl**

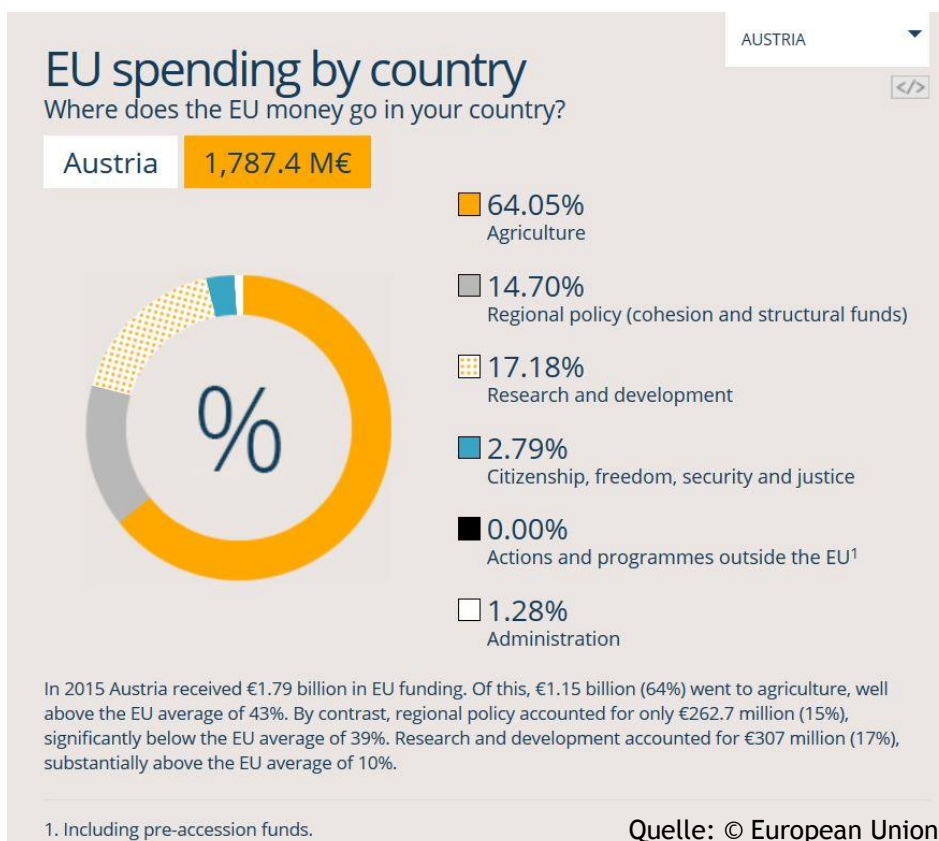
Inhaltsverzeichnis

Neues aus dem Europäischen Parlament

Überarbeitung des Mehrjährigen Finanzrahmens 2014-2020: Budgetausschuss stimmt Kompromisslösung zu

Nachdem sich die EU-Mitgliedstaaten im März auf einen Kompromiss zur Revision des Mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) der EU für 2014-2020 geeinigt hatten, hat am Montag nun auch der Budgetausschuss des Europäischen Parlaments seine Zustimmung gegeben. Die Empfehlung der Abgeordneten Jan Olbrycht (EPP, Poland) und Isabelle Thomas (S&D, France) wurde mit großer Mehrheit angenommen. Nach der noch ausstehenden Zustimmung im Plenum, welche für 4. April anberaumt ist, ist als letzter Schritt die formale Annahme des Textes im Rat vorgesehen.

Die MFR-Revision sieht insbesondere eine Mittelerhöhung für die als Prioritäten definierten Bereiche der Bekämpfung von Migrationsströmen (3,9 Milliarden Euro), Wachstumsimpulse und die Schaffung von Arbeitsplätzen (2,08 Milliarden Euro) vor, davon 1,2 Milliarden Euro für die Jugendbeschäftigungsinitiative. Zudem bringt die Überarbeitung ein Mehr an Flexibilität: Zwischen 2017 und 2020 sollen demnach pro Jahr die Anteile für die Soforthilfereserve um 23 Millionen Euro sowie für das Flexibilitätsinstrument um 145 Millionen Euro erhöht werden.



Was Österreich betrifft, so betrug der finanzielle Beitrag ins EU-Budget im Jahr 2015 rd. **2,53 Milliarden Euro**. Zusätzlich wurden auch 264 Millionen Euro an Zolleinnahmen abgeführt, wobei Österreich 25 Prozent als Verwaltungsgebühren einbehält. Umgekehrt beliefen sich die nach Österreich geflossenen Mittel aus dem EU-Haushalt in demselben Jahr auf rd. **1,79 Milliarden Euro**, wovon der größte Teil in die Bereiche Landwirtschaft (1,45 Milliarden Euro), Regionalpolitik (rd. 263 Millionen Euro) sowie Forschung, Entwicklung und Innovation (rd. 307 Millionen Euro) floss.

Die WKÖ begrüßt die Schwerpunktsetzung auf Wachstum und Jobs. Um das zarte Wirtschaftswachstum in ganz Europa nicht im Keim zu ersticken, muss die Wettbewerbsfähigkeit gefördert werden.

Ansprechpartner: Martin Schmid

Inhaltsverzeichnis

Neues aus dem Gerichtshof der EU

Schlussanträge: Italienisches Verbot von Genmais

Die Europäische Kommission ließ auf Basis einer wissenschaftlichen Stellungnahme 1998 erstmals den **Anbau des Genmais MON 810** zu. 2013 wollte **Italien** dies mittels einer **einzelstaatlichen Maßnahme** wieder untersagen und bezog sich auf neue Studien italienischer Forschungseinrichtungen. Die Kommission prüfte und befand, dass die Sofortmaßnahmen **nicht gerechtfertigt** seien, da keine neuen wissenschaftlichen Erkenntnisse vorlägen. Italien erließ das Verbot MON 810-Mais in Italien anzubauen trotzdem. **Gegen die italienische Regelung verstoßend wurde der Genmais im Jahr 2014 trotzdem angebaut.** Gegen die Anbauer wurde ein Strafverfahren eingeleitet, im Zuge dessen das italienische Gericht den Europäischen Gerichtshof gefragt hat, ob Sofortmaßnahmen auf Grundlage des Vorsorgeprinzips zulässig sind.

Generalanwalt Bobek hat nun dazu seine **Schlussanträge** vorgelegt, in denen er dem Gerichtshof folgendes vorschlägt: Staatliche **Sofortmaßnahmen** sollen nur dann erlassen werden dürfen, wenn neben der Dringlichkeit eine **Situation** nachgewiesen werden kann, in der **wahrscheinlich ein offensichtliches und ernstes Risiko für die Gesundheit von Mensch und Tier oder die Umwelt besteht**. Diesen Nachweis sieht Artikel 34 der Verordnung 1829/2003 über genetisch veränderte Lebensmittel und Futtermittel vor. Artikel 34 ist laut Generalanwalt Bobek eine konkrete Ausprägung des **Vorsorgeprinzips**. Im Lebensmittelrecht, konkret in Artikel 7 der Verordnung 178/2002 (allgemeine Grundsätze und Anforderungen des Lebensmittelrechts), ist zum Vorsorgeprinzip vorgesehen, dass Mitgliedstaaten in gewissen Fällen Sofortmaßnahmen wie ein einzelstaatliches Verbot treffen können. Laut Generalanwalt Bobek ändert dies jedoch nichts an der spezielleren Bestimmung des Artikels 34 der GVO-Verordnung, die konkret für genetisch veränderte Erzeugnisse gilt, die bereits einer umfassenden wissenschaftlichen Bewertung unterzogen wurden. Somit sei Artikel 34 als eine Konkretisierung des Vorsorgeprinzips zu sehen. Staatliche Sofortmaßnahmen dürften demnach nur dann gesetzt werden, wenn der **Mitgliedstaat auch das ernste und offensichtliche Risiko für Mensch, Tier und Umwelt nachweisen kann**.

Darüber hinaus ist festzuhalten, dass MON 810-Mais inzwischen aufgrund eines **geänderten Rechtsrahmen seit 2016** von der Kommission in 19 Mitgliedstaaten, darunter auch Italien, untersagt ist. Allerdings ändere dies nichts an der ursprünglichen Feststellung, da der entsprechende Rechtsakt nach der italienischen Einzelmaßnahme in Kraft getreten sei und andere Gründe betreffe.

Ansprechpartner: **Barbara Dallinger**

Inhaltsverzeichnis

Urteil: Maßnahmen gegen russische Unternehmen im Rahmen der Ukraine Krise gültig

Der Europäische Gerichtshof hatte diese Woche über Maßnahmen, die im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) gegenüber Unternehmen erlassen wurden, zu entscheiden. Im Rahmen der **Ukraine Krise** hat der Rat der Europäischen Union im Juli 2014 Maßnahmen festgelegt, die verschiedene **Geldtransaktionen**, die **Ausfuhr** von bestimmten Gütern oder Technologien, den **Zugang** zum Kapitalmarkt für russische Organisationen oder die Erbringung von Dienstleistungen für bestimmte Erdölgeschäfte verbieten. Unter den betroffenen Unternehmen war auch **Rosneft**, eine russische Erdöl und Erdgas-Gesellschaft.

Rosneft zog vor Gericht und machte vor dem High Court of Justice (Vereinigtes Königreich) geltend, dass die Maßnahmen des Rates und die daraufhin vom Vereinigten Königreich getroffenen Durchführungsmaßnahmen **nicht mit EU-Recht vereinbar** seien. Das britische Gericht möchte nun vom Gerichtshof wissen, ob die Rechtsakte gültig sind. Zu den nationalen Durchführungsmaßnahmen legt das Gericht die Frage vor, ob nationale Strafsanktionen bei Verstoß gegen die restriktiven Maßnahmen vorgesehen werden dürfen. Darüber hinaus fragt das vorlegende Gericht, ob die Maßnahmen die Abwicklung von Zahlungen durch Banken betreffen und ob Global Depository Receipts dadurch verboten seien.

In seinem **Urteil** hält der EuGH zunächst fest, dass er für die **Vorabentscheidung über die Gültigkeit einer auf Grundlage der GASP erlassenen Handlung zuständig** ist. Gegenstand des Vorabentscheidungsersuchens muss aber die Einhaltung von Art. 40 EUV durch den Beschluss oder die Frage, ob die restriktiven Maßnahmen gegenüber natürlichen oder juristischen Personen rechtmäßig sind, sein. Der EuGH stellt weiter fest, dass in seiner Prüfung nichts darauf hingewiesen hätte, was die **Gültigkeit** des Beschlusses oder der Verordnung berührt. Die Rechtsakte seien vom Rat hinreichend begründet, negative Wirtschaftsfolgen seien durch die beabsichtigten Ziele gerechtfertigt. Zusätzlich hindere der Wortlaut der Verordnung einen Mitgliedstaat auch nicht daran, für Verstöße Strafsanktionen vorzusehen. Abwicklungen von Zahlungen durch die Banken seien von den restriktiven Maßnahmen allerdings nicht betroffen. Die Begebung von Global Depository Receipts, die vor ihrem Erlass begebene Aktien repräsentieren, seien allerdings verboten.

Ansprechpartner: **Barbara Dallinger**

Inhaltsverzeichnis



Leitl bei WKÖ-Europatag: Europa als Leuchtturm-Modell in einer unsicheren Welt stärken

„Das kleine Österreich hat durch die europäische Integration mehr Wachstum, mehr wirtschaftlichen und sozialen Wohlstand und mehr Arbeitsplätze aus der Europäischen Union erzielt als durch Österreich selbst. Das zeigt, wie wichtig die Europäische Union für unser Land ist“, betonte der **Präsident der Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ), Christoph Leitl**, am Montag beim **WKÖ-Europatag** zum Thema **„60 Jahre EWG-Vertrag: Sind wir dabei, den EU-Binnenmarkt rückabzuwickeln?“** mit Europaparlamentarier Othmar Karas, Staatssekretär Harald Mahrer, UEAPME-Präsidentin Ulrike Rabmer-Koller sowie Christian Keuschnigg von der Universität St. Gallen, Irmfried Schwimann, stellvertretende Generaldirektorin in der EU-Kommission, und dem britischen Botschafter in Österreich, Leigh Turner. Noch wichtiger als der ökonomische Nutzen seien die **europäischen Werte** wie Demokratie, Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und Freiheit, die Europa zu einem Leuchtturm-Modell gemacht hätten, betonte Leitl. **„Die intelligenteste politische Idee in der Geschichte der Menschheit war die Gründung der Europäischen Union.“**

Angesichts der globalen Herausforderungen, aber auch des Brexit-Votums müsse die EU nun **weiterentwickelt** werden. „Wir brauchen ein Modell, das die Vielfalt und Einheit Europas widerspiegelt. Es genügt nicht, dass Europa unsere Lebensversicherungspolizze ist. Wir müssen uns in der globalen Welt noch stärker positionieren, damit die EU auch in Zukunft als **Leuchtturm-Modell in einer unsicheren Welt** fungieren kann. Auch die Wirtschaft kann und sollte hier eine wichtige Rolle spielen“, so Leitl. Wichtig sei auch, dass sich die EU stärker um die **„großen Probleme“** kümmere, so der WKÖ-Präsident mit Verweis auf das Problem Überregulierung insbesondere auch durch europäisches Recht.

„Österreichs kleine und mittlere Unternehmen haben außerordentlich von der EU profitiert“, betonte die Präsidentin des Europäischen KMU- und Handverbands UEAPME, WKÖ-Vizepräsidentin Ulrike Rabmer-Koller, die auch am europäischen Sozialpartner-Gipfel anlässlich 60 Jahre Römische Verträge vergangenen Freitag in Rom teilgenommen hatte. Dank der diversen EU-Integrationschritte zwischen 1989 und 2015 hat Österreichs Wirtschaftswachstum kumuliert um **zusätzlich 28,5 Prozent zulegen** können. Das entspricht einer zusätzlichen Wertschöpfung von rund 63 Milliarden Euro. „Nachdem die Vorteile der EU für unsere Wirtschaft klar überwiegen, ist es unerlässlich, den **Binnenmarkt zu stärken** und zu sichern, damit diese Vorteile auch zukünftig genutzt werden können“, so Rabmer-Koller.

Ansprechpartner: Markus Stock

Studie bescheinigt Fortschritte beim Windkraftausbau in Europa

Die Gemeinsame Forschungsstelle („Joint Research Center“) der Europäischen Kommission hat diese Woche zwei Studien veröffentlicht, welche die Fortschritte, die in Europa im Bereich der Wind- sowie der Meeresenergie gemacht wurden, festhalten. Der Bericht zur Windenergie zeigt, dass die **globale Windenergiekapazität im Jahr 2015 bei 430 Gigawatt lag, was eine Verdoppelung im Vergleich zum Niveau im Jahr 2010 darstellt**. Auf die Europäische Union entfallen davon rund 140 Gigawatt, die auch zur **Gänze bereits an das Netz angeschlossen** sind. In den Jahren zwischen 2010 und 2015 stiegen die Windkraftkapazitäten der EU jährlich um 10-13 Gigawatt. Für die kommenden vier bis sechs Jahre werden noch größere Zuwachsraten von 15 Gigawatt jährlich prognostiziert.

Der Bericht zeigt weiter, dass in einer Reihe von EU Mitgliedstaaten die entsprechenden Fördermechanismen nicht mehr rein mechanisch-administrativ funktionieren, sondern am Markt bzw. am Wettbewerb ausgerichtet sind. **Österreich nimmt bei der Nutzung Erneuerbarer Energien in Europa einen Spitzenplatz ein**: 2015 lag der Anteil von Energien aus erneuerbaren Quellen bei 33 Prozent. Der Anteil der Windenergie am Endverbrauch erneuerbarer Energien in Österreich belief sich im Jahr 2015 auf 4,4 Prozent.

Ansprechpartner: Franz Brudl

Inhaltsverzeichnis

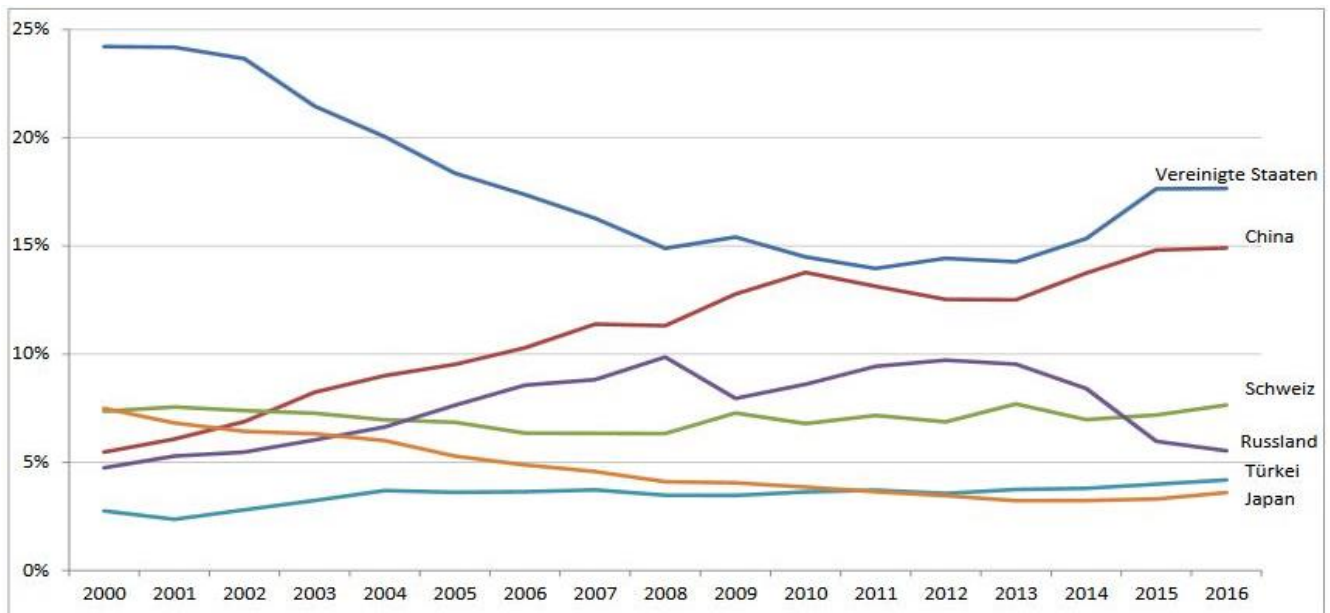


USA und China bleiben wichtigste Handelspartner der EU

Im Jahr 2016 blieben die Vereinigten Staaten (610 Milliarden Euro bzw. 17,7 Prozent des **gesamten Warenverkehrs** der EU) und China (515 Milliarden bzw. 14,9 Prozent) die zwei wichtigsten Handelspartner der Europäischen Union im Warenverkehr, mit deutlichem Vorsprung vor der Schweiz (264 Milliarden Euro bzw. 7,6 Prozent), Russland (191 Milliarden bzw. 5,5 Prozent), der Türkei (145 Milliarden bzw. 4,2 Prozent) und Japan (125 Milliarden bzw. 3,6 Prozent). Im Jahr 2016 stellten Maschinen und Fahrzeuge, sonstige bearbeitete Waren und chemische Erzeugnisse die **wichtigsten** von der EU gehandelten **Warengruppen** dar (siehe Eurostat-Daten).

Die Haupthandelspartner der EU, 2000 - 2016

(Anteil am gesamten Extra-EU-Warenverkehr, auf Grundlage des Handelswertes)



Für Deutschland, Irland, Malta und das Vereinigte Königreich waren die Vereinigten Staaten das wichtigste Exportland. In einigen Mitgliedstaaten ging über ein Viertel der Ausfuhren in ein einziges Partnerland. Für die Tschechische Republik (32 Prozent der Warenausfuhren), Österreich (30 Prozent), Ungarn (28 Prozent) und Polen (27 Prozent) war das **wichtigste Partnerland Deutschland**. Im Extra-EU-Handel, d.h. im Handel mit Nicht-EU-Ländern, waren die drei wichtigsten Bestimmungsländer für **EU-Ausfuhren** die Vereinigten Staaten (21 Prozent aller Extra-EU-Ausfuhren), China (10 Prozent) und die Schweiz (8 Prozent).

Ansprechpartnerin: Verena Martelanz

Inhaltsverzeichnis



Europäisches Unterstützungsbüro für Asylfragen sucht Training Officer

Das Europäische Unterstützungsbüro für Asylfragen (EASO) sucht:

Training Officer

Grade AD 5, Reference: EASO/2017/TA/008

Bewerbungen sind bis zum 2. Mai möglich, weitere Informationen sind online abrufbar.

Inhaltsverzeichnis

EUROJUST sucht ICT Support Officer

Die Europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde (ESMA) mit Sitz in Paris/Frankreich sucht:

Communication Officer

Temporary Agent - AST 3, Reference: 17/EJ/03

Bewerbungen sind bis zum 5. Mai möglich, weitere Informationen sind [online](#) abrufbar.

Inhaltsverzeichnis



Kreativwirtschaft Austria lädt am 25. April in Brüssel ein



Europas Wohlstand von morgen wird maßgeblich von der erfolgreichen Verlinkung kreativer Industrien mit traditionellen Wertschöpfungsketten abhängen, da genau solche Wechselwirkungen den globalen Wettbewerbsvorsprung Europas definieren werden.

Innovation wird maßgeblich durch neue Ideen und Methoden geschaffen – diese sind es, die zu mehr Wachstum führen und neue Arbeitsplätze schaffen, indem sie neue Geschäftsideen aufzeigen und neue Märkte öffnen.

In diesem Prozess steht die **Kreativwirtschaft Austria (KAT)** innovativen Unternehmen zur Seite und stellt sie am 25. April in Brüssel ins Rampenlicht, darunter **Swarovski**, die **Werkstätte Wattens**, „**Die Koje**“, **Kommunikationsagentur Nicole Herb**, **Cristallo** und **Hartinger Consulting**, die anhand von showcases ihre Ideen vorstellen. Hierzu lädt die **Kreativwirtschaft Austria** unter dem Motto „**Creative Industries:**

The Next Phase“ in die Ständige Vertretung Österreichs bei der Europäischen Union ein, Avenue de Cortenbergh 30, 1040 Brüssel. Eine Anmeldung ist [online](#) bis 7. April möglich.

Die **Kreativwirtschaft Austria** nimmt als Plattform die Interessen der österreichischen Kreativwirtschaft wahr – sowohl national, auf europäischer Ebene als auch international – und ist eingebettet in die **Wirtschaftskammer Österreich**. Sie setzt sich für die Entwicklung der österreichischen Kreativwirtschaft ein und schafft Verknüpfungen mit anderen Branchen.

Ansprechpartner: [Martin Schmid](#)

Inhaltsverzeichnis

Sitzung der Europäischen Kommission

Voraussichtliche Themen der 2207. Sitzung am 4. April 2017

**Politische Koordinierung / Euro und Sozialer Dialog / Beschäftigung, Soziales und Qualifikation /
Wirtschaft und Finanzen**

Austausch zum Weißbuch zur Zukunft Europas und zur sozialen Dimension Europas
und der Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion

Ausschüsse des Europäischen Parlaments

3. April Ausschuss für Wirtschaft und Währung, Haushaltsausschuss

Verlängerung der Laufzeit des Europäischen Fonds für strategische Investitionen
sowie Einführung technischer Verbesserungen für den Fonds und die Europäische
Plattform für Investitionsberatung

Durchführung des Europäischen Fonds für strategische Investitionen

3. April Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten

Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über die
Barrierefreiheitsanforderungen für Produkte und Dienstleistungen

Inhaltsverzeichnis

Themen des Plenums des Europäischen Parlaments

4. April

Gemeinsame Aussprache – Medizinprodukte

- Medizinprodukte
- In-vitro-Diagnostika

Gemeinsame Aussprache – Änderung des MFR

- Mehrjähriger Finanzrahmen für die Jahre 2014-2020
- Inanspruchnahme des Spielraums für unvorhergesehene Ausgaben

Prospekt, der beim öffentlichen Angebot von Wertpapieren oder bei deren Zulassung
zum Handel zu veröffentlichen ist

Untersuchung der Emissionsmessungen in der Automobilindustrie

Genehmigung und Marktüberwachung von Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeuganhängern sowie von Systemen, Bauteilen und selbständigen technischen Einheiten für diese Fahrzeuge

Bestimmte Aspekte des Gesellschaftsrechts

Roamingvorleistungsmärkte

Inhaltsverzeichnis

Ausgewählte Fälle des Europäischen Gerichtshofes

Ausgewählte Fälle der kommenden Woche:

5. April **Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der Rechtssache C-616/15 Kommission / Deutschland**

Mehrwertsteuerbefreiung für selbständige Zusammenschlüsse

Die Mehrwertsteuerrichtlinie 2006/112 sieht eine Befreiung von der Mehrwertsteuer u.a. für folgende Tätigkeiten vor: Dienstleistungen, die selbstständige Zusammenschlüsse von Personen, die eine Tätigkeit ausüben, die von der Steuer befreit ist oder für die sie nicht Steuerpflichtige sind, an ihre Mitglieder für unmittelbare Zwecke der Ausübung dieser Tätigkeit erbringen, soweit diese Zusammenschlüsse von ihren Mitgliedern lediglich die genaue Erstattung des jeweiligen Anteils an den gemeinsamen Kosten fordern. Nach Ansicht der Kommission beschränkt Deutschland diese Steuerbefreiung zu Unrecht auf Zusammenschlüsse im Bereich der Heilberufe (nämlich Zusammenschlüsse, deren Mitglieder entweder Ärzte oder Angehörige arztähnlicher Berufe sowie Krankenhäuser oder krankenhausähnliche Einrichtungen sind). Die Befreiung müsse aber für Zusammenschlüsse sämtlicher Berufssparten gelten, sofern diese steuerbefreite Tätigkeiten ausübten. Sie müsse daher auch für Leistungen von selbständigen Zusammenschlüssen von Personen gelten, die steuerbefreite sozialfürsorgliche, erzieherische, sportliche oder kulturelle Tätigkeiten ausübten, oder für Leistungen von Banken und Versicherungen, soweit diese selbst steuerbefreite Leistungen erbrächten. Die Kommission hat Deutschland daher vor dem Gerichtshof verklagt. Generalanwalt Wathelet stellt heute seine Schlussanträge.

[Weitere Informationen](#)

6. April **Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der Rechtssache C-671/15 APVE u.a**

Verhältnis zwischen Gemeinsamer Agrarpolitik und Wettbewerbsregeln

Mit Bescheid vom 6. März 2012 stellte die französische Wettbewerbsbehörde fest, dass verschiedene französische Organisationen von Chicorée-Erzeugern gegen das unionsrechtliche Kartellverbot verstoßen hätten, indem sie seit 1998 u.a. Preise und Verkaufsmengen abgesprochen hätten. In dieser Entscheidung verhängte die Wettbewerbsbehörde auch finanzielle Sanktionen. Die Cour d'Appel Paris hob diese Entscheidung auf, da sie der Ansicht war, dass die Preisregulierung durch Erzeugerorganisationen den unionsrechtlichen Vorgaben der gemeinsamen Marktorganisation entspreche, die insoweit vom Wettbewerbsrecht abwichen. Die Wettbewerbsbehörde hat sich daraufhin an die französische Cour de cassation gewandt. Sie rügt im Wesentlichen, dass die Cour d'appel den Zielen der gemeinsamen Agrarpolitik zu Unrecht Vorrang vor den Wettbewerbsregeln eingeräumt habe. Die Cour de cassation ersucht den Gerichtshof nun um Klärung, inwieweit Beschlüsse bzw. Verhaltensweisen von Erzeugerorganisationen wie die hier streitigen vom unionsrechtlichen Kartellverbot ausgenommen sein können, weil sie den ihnen im Rahmen der gemeinsamen Marktorganisation übertragenen Aufgaben zugeordnet werden könnten. Generalanwalt Wahl stellt heute seine Schlussanträge.

[Weitere Informationen](#)

Inhaltsverzeichnis

Ausgewählte laufende Konsultationen

Besteuerung

Öffentliche Konsultation über das Funktionieren der Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden und die Betrugsbekämpfung auf dem Gebiet der Mehrwertsteuer
02.03.2017 - 31.05.2017

Bildung

Öffentliche Konsultation zu Erasmus und Vorgängerprogrammen
28.02.2017 - 31.05.2017

Binnenmarkt

EU-Initiative zu Beschränkungen für Barzahlungen
01.03.2017 - 31.05.2017

Energie

Konsultation zur Liste der vorgeschlagenen Vorhaben von gemeinsamem Interesse im Bereich der Energieinfrastruktur
27.03.2017 - 26.06.2017

Entwicklung

Öffentliche Konsultation über die Außenfinanzierungsinstrumente der Europäischen Union
07.02.2017 - 03.05.2017

Finanzdienstleistungen

Public consultation on the operations of the European Supervisory Authorities
21.03.2017 - 16.05.2017

Public consultation on FinTech: a more competitive and innovative European financial sector
23.03.2017 - 15.06.2017

Forschung und Technologie

Öffentliche Konsultation der Anspruchsgruppen - Bewertung von Öffentlich-öffentlichen Partnerschaften (Artikel 185 Initiativen) im Rahmen der Zwischenbewertung von Horizont 2020
27.01.2017 - 30.04.2017

Innere Angelegenheiten

Halbzeitbewertung des Programms „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ 2014-2020
09.01.2017 - 10.04.2017

Justiz und Grundrechte

Öffentliche Konsultation zur Bekämpfung von Betrug und Fälschung im Zusammenhang mit unbaren Zahlungsmitteln
01.03.2017 - 24.05.2017

Kommunikationsnetze, Inhalte und Technologien, Informationsgesellschaft

Öffentliche Konsultation zur Evaluierung und Überprüfung der Agentur der Europäischen Union für Netz- und Informationssicherheit (ENISA)
18.01.2017 - 12.04.2017

Öffentliche Konsultation zum Thema „Aufbau einer europäischen Datenwirtschaft“
10.01.2017 - 26.04.2017

Kultur

Offene öffentliche Konsultation über das Programm "Kreatives Europa"
23.01.2017 - 16.04.2017

Öffentliche Gesundheit

Öffentliche Konsultation: Mögliche Maßnahmen zur Unterstützung der Mitgliedstaaten bei der Bekämpfung der Antibiotikaresistenz im Rahmen eines Aktionsplans „Eine Gesundheit“ gemäß der entsprechenden Mitteilung der Kommission
27.01.2017 - 28.04.2017

Steuern

Öffentliche Konsultation über das Funktionieren der Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden und die Betrugsbekämpfung auf dem Gebiet der Mehrwertsteuer
02.03.2017 - 31.05.2017

Inhaltsverzeichnis

Unternehmen

Öffentliche Konsultation zum „Schutz von Hinweisgebern (Whistleblower)“
03.03.2017 - 29.05.2017

Öffentliche Konsultation zur Einführung eines Mechanismus zur freiwilligen Ex-ante-Bewertung von Aspekten der Vergabe großer Infrastrukturvorhaben
20.01.2017 - 14.04.2017

Öffentliche Konsultation zu Regelungen über die Haftung des Herstellers für Schäden, die durch ein fehlerhaftes Produkt verursacht wurden
10.01.2017 - 26.04.2017

Verbraucherschutz

Konsultation zur Bewertung der Verordnung 258/2012 über die Regelung und Genehmigung der Aus-, Ein- und Durchfuhr von Feuerwaffen sowie deren Teilen und Komponenten
01.03.2017. - 24.05.2017

Verkehr

Änderung der Richtlinie über den kombinierten Verkehr
23.01.2017 - 23.04.2017

Zoll

Öffentliche Konsultation - Bewertung des Europäischen Zollinventars chemischer Substanzen (ECICS)
14.03.2017 - 06.06.2017

Inhaltsverzeichnis